

11.10.2017

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD „Die Stahlsparte von ThyssenKrupp muss in Nordrhein-Westfalen bleiben!“ - Drucksache 17/809 -

Stahlstandort Nordrhein-Westfalen stärken, Konsolidierungsprozess konstruktiv begleiten

I. Ausgangslage

Die deutsche Stahlindustrie steht vor großen Herausforderungen, die unter anderem auf Überkapazitäten auf den europäischen und weltweiten Stahlmärkten sowie Unwägbarkeiten bei der Energie- und Klimapolitik in Deutschland und der EU basieren. Um vor diesem Hintergrund wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben, müssen sich die Unternehmen stetig weiterentwickeln und strategisch neu aufstellen. Diese Herausforderungen betreffen auch das Unternehmen ThyssenKrupp, dessen Stahlsparte seit Jahren rote Zahlen schreibt.

Bereits in der Plenarsitzung am 13. September 2017 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass der von ThyssenKrupp angestrebte Zusammenschluss der Stahlsparte mit Tata Steel verantwortungsbewusst gestaltet wird. Die Perspektive zur Unternehmenssicherung sowie der langfristige Erhalt von Wertschöpfungsketten, Standorten und Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen müssen im Vordergrund stehen. Die verständlichen Sorgen der Beschäftigten müssen im Prozess durch Transparenz und Dialog bestmöglich Berücksichtigung erfahren. Die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zur Stahlfusion durch den ThyssenKrupp-Aufsichtsrat ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Denn für eine faire Lösung sind konstruktive Gespräche notwendig.

Politische Gestaltungsaufgabe ist es, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen durch eine wachstums- und innovationsfreundliche Industrie- und Energiepolitik zu stärken. Dementspre-

Datum des Originals: 11.01.2017/Ausgegeben: 11.10.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

chend hatte der Landtag die Landesregierung mit Beschluss vom 13. September 2017 aufgefordert, die Rahmenbedingungen entsprechend zu verbessern. Staatliche Eingriffe in Unternehmensentscheidungen gehören nicht dazu. Die Wahl eines Unternehmenssitzes ist insbesondere in einem freien Europa, das sich als gemeinsamer Wirtschaftsraum versteht, grundsätzlich ein Kernbereich der freien Unternehmensentscheidung.

Der Unternehmenssitz des Joint Ventures „ThyssenKrupp Tata Steel“ soll nach aktuellen Planungen in den Niederlanden gebildet werden und nach Angaben des Unternehmensmanagements das Format einer schlanken Holding haben. Vorgesehen ist, dass die Gesellschaft über eine zweistufige Managementstruktur aus Vorstand und Aufsichtsrat verfügt. Dabei wird beabsichtigt, beide Gremien paritätisch mit Vertretern von ThyssenKrupp und Tata Steel zu besetzen. Die Mitbestimmungsstrukturen in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien bleiben erhalten.

Die Landesregierung hat den Fusionsprozess intensiv begleitet und soll dies auch fortsetzen. Sie steht in engem Kontakt mit den Arbeitnehmervertretern wie auch dem Konzernvorstand. Es gilt den Fusionsprozess transparent, konstruktiv und unter Beachtung und Wahrung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmervertreter zu gestalten. Auch in Zukunft sind die Möglichkeiten der Montanmitbestimmung sicherzustellen. Der Landtag begrüßt deshalb jede Entscheidung von Unternehmen zur Standorttreue in Nordrhein-Westfalen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 13. September 2017, mit dem die Landesregierung beauftragt wird, den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen durch eine wachstums- und innovationsfreundliche Industrie- und Energiepolitik zu stärken, mit welcher die vorhandenen Arbeitsplätze und Unternehmen gesichert und Beschäftigungsdynamik geschaffen werden.

Der Landtag unterstützt das von Ministerpräsident Armin Laschet und Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart dargestellte Drängen der Landesregierung auf absolute Transparenz der Unternehmensleitung von ThyssenKrupp gegenüber den Beschäftigten, Ergebnisoffenheit bei den Gesprächen sowie darauf, alle Möglichkeiten der Mitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter auch zukünftig sicherzustellen.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung den Fusionsprozess intensiv begleitet und in engem Kontakt mit den Arbeitnehmervertretern und dem Konzernvorstand steht.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Henning Rehbaum

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Dietmar Brockes
Ralph Bombis

und Fraktion